

Dienstag 24. November 2020

Nummer 913

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

"Die Europäer haben gelernt, dass sie ihre strategische Autonomie aufbauen müssen".

Autor : Arancha González Laya



Die Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der USA gibt der Europäischen Union die Gelegenheit, den Multilateralismus wiederzubeleben und die Globalisierung humaner zu gestalten und gleichzeitig ihre Autonomie in den Bereichen Verteidigung und Technologie zu entwickeln, erklärte die spanische Außenministerin Arancha Gonzalez Laya in einem Interview mit der Stiftung.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Debatte/Russland - Gesundheit/Europa - Belarus - Veröffentlichung
Europäischer Rat : COVID/Koordination **Kommission** : Energie/Meer - Europäisches Semester - Handel - Covid/Test - Beschäftigung/SURE - Impfstoff
Parlament : Anhörung - React-EU - Haushalt **Rat der Europäischen Union** : Verteidigung - Weltraum - Industrie - Entwicklung **Diplomatie** : EU/Welt - Kooperation/EWR **Europäische Agenturen** : Impfstoff/Covid - Cyberkriminalität - Migration **Großbritannien** : Brexit/Einfluss **Berichte / Studien** : G20/Impfstoff - Wettbewerb - Kohlenstoffmarkt - Pandemie/Umgang - Handel/Pandemie - Luft **Europarat** : Ministerkomitee - Ungarn/Korruption - Zypern/Korruption - Griechenland/Migranten **Eurostat** : Inflation - Landwirtschaft **Eurobarometer** : Bürger/Covid **Kultur** : Oper/Wien - Dokumentationen/Amsterdam - Film/Turin - Ausstellung/Madrid - Tanz/London - Online-Museum/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

"Putins Kriege"-Warum will Russland wieder ein Imperium werden?



Die Stiftung organisiert am 1. Dezember eine Online-Debatte über Russland, Putin und seine politischen Ambitionen, die sich über das russische Territorium hinaus erstrecken. Die Referenten sind der Historiker Sergej Medwedew, Autor von "Les quatre guerres de Poutine", Galia Ackerman, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Caen und Philippe de Suremain, ehemaliger französischer Botschafter und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Stiftung. Der Austausch wird in englischer Sprache ohne Übersetzung durchgeführt... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Ausgangssperren, Geschäftsschließungen, Bewegungseinschränkungen oder Lockdowns, die europäischen Länder unternehmen Schritte, um mit dem Wiederaufflammen der Pandemie fertig zu werden und versuchen, ihre Aktionen zu koordinieren. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die Situation zu verstehen... [Fortsetzung](#)

Belarus: Chronologie einer Revolution



Seit dem 9. August protestieren die Bürger von Belarus gegen das Ergebnis der manipulierten Präsidentschaftswahlen und fordern den Abgang von Alexander Lukaschenko, der von der Union nicht mehr als Präsident anerkannt wird. Um diese Krise zu verfolgen, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... [Fortsetzung](#)

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"



Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, der Zustand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form in Französisch und Englisch verfügbar, mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten. Bereichert durch Originalkarten und kommentierte Statistiken, bietet dieser Bericht einen umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie können den Bericht auf unserer Seite bestellen... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Treffen der Staats- und Regierungschefs



Die europäischen Staats- und Regierungschefs erörterten am 19. November die künftigen Strategien der Union im Umgang mit der Pandemie. Sie erörterten die Auswahl und das in Umlauf bringen der wirksamsten antigenen Schnelltests sowie die Festlegung eines koordinierten und schrittweisen Vorgehens zur Aufhebung der nationalen restriktiven Maßnahmen. Demnächst werden eine Kommunikationskampagne und eine Impfkampagne eingerichtet, die den Staaten helfen soll, die Bedeutung von Impfstoffen zu vermitteln und sie beim Transport, der Lagerung und der Verfügbarkeit von Impfstoffen für alle zu unterstützen. Sie hatten eine Diskussion über die Blockade des Mehrjahreshaushalts durch Ungarn, Polen und Slowenien... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Kommission :

EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energiequellen



Die Kommission legte am 19. November eine Strategie zur Erhöhung der Windkraftkapazität und anderer Produktionssysteme wie schwimmende Offshore-Module für Sonnen- und Windenergie in der Union vor. Sie setzt ein Produktionsziel für Strom von 300 GW bis 2050 an, verglichen mit derzeit 12 GW, und schätzt, dass mindestens 800 Milliarden Euro an Investitionen erforderlich sein werden, um dieses Ziel zu erreichen. Um diese Investitionen zu erleichtern, werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Offshore-Energieentwicklungsabkommen mit der Europäischen Investitionsbank abzuschließen. Die Kommission schlägt vor, die Regeln für staatliche Beihilfen beim Umweltschutz und Energie zu lockern... [Fortsetzung](#)

Stellungnahmen zu den Haushaltsentwürfen der Euro-Zone



Die Kommission legte am 18. November ihre Stellungnahmen zu den Entwürfen der Haushaltspläne der 19 Länder der Eurozone für 2021 und ihre Empfehlungen für die Eurozone vor. Einige von Frankreich, Italien, Litauen und der Slowakei vorgelegte Maßnahmen geben Anlass zur Sorge. Die Kommission fordert sie auf, "diese Fiskalpolitik zu ändern, wenn es die epidemiologischen und wirtschaftlichen Bedingungen erlauben". Im Rahmen des Berichts über den Alarmmechanismus wurden in 12 Staaten makroökonomische Ungleichgewichte festgestellt. Die Empfehlung für den Euroraum bietet strategische Leitlinien für Pläne zur Erholung und Widerstandsfähigkeit und fordert die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Stärkung der internationalen Rolle des Euro. Man prognostiziert, dass die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 von 7,5% auf 9,4% steigen wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neues Beschwerdesystem für Handelshemmnisse



Die Kommission kündigte am 16. November die Einrichtung eines neuen Beschwerdesystems an, das sich mit Handelshemmnissen und Verstößen gegen nachhaltige Handelsverpflichtungen befassen soll. Die Möglichkeit, eine Beschwerde einzureichen, wird allen EU-Bürgern offen

stehen und Beschlüssen werden durch ein neues zentralisiertes System mit einer einzigen Anlaufstelle innerhalb der GD Handel bearbeitet, um ein effizientes Verfahren zu ermöglichen... [Fortsetzung](#)

Empfehlung zu antigenen Schnelltests



Die Kommission gab am 18. November eine Empfehlung heraus, um die Mitgliedstaaten zur Verwendung von Antigen-Schnelltests zu ermutigen. Sie berät bei der Auswahl geeigneter Schnelltests und der zu deren Durchführung befugten Personen und fördert die gegenseitige

Anerkennung der Ergebnisse dieser Tests... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

SURE: Zweite Tranche und 18. Teilnehmerstaat



Am 17. November zahlte die Kommission im Rahmen des SURE-Instruments zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Folgen der Covid-19-Krise 14 Milliarden Euro an neun Mitgliedstaaten (Italien, Spanien, Griechenland, Zypern, Malta, Lettland, Litauen, Slowenien und Kroatien) aus. Am Tag zuvor schlug die Kommission dem Rat vor, Irland 2,5 Milliarden Euro zu gewähren. Damit wäre Irland das 18. Land, das in den Genuss dieser Mittel kommt, wodurch sich der Betrag auf 90,3 Milliarden Euro erhöhen würde. Die größten Nutznießer des Instruments sind Italien (27,4 Milliarden Euro) und Spanien (21,3 Milliarden Euro)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Impfstoff: Unterzeichnung eines Vertrags mit CureVac



Die Kommission unterzeichnete am 17. November einen Vertrag mit dem europäischen Pharmakonzern CureVac über den Kauf von 405 Millionen Dosen eines Impfstoffs gegen Covid-19. Dies ist der fünfte Vertrag mit einem Pharmaunternehmen, womit sich die Bestellung von Impfstoffen in der EU auf 1,2 Milliarden Dosen erhöht. Die Verhandlungen mit Moderna dauern noch an und das Unternehmen gab am Vortag bekannt, dass die Phase 3-Studie seines Impfstoffs eine Wirksamkeit von 94,5% gezeigt habe... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Anhörung von Christine Lagarde



Bei ihrer letzten vierteljährlichen Anhörung im Parlament am 19. November forderte die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, die Mitgliedstaaten auf, ein auf öffentlichen Investitionen basierendes Konjunkturprogramm aufzustellen. Die Abgeordneten diskutierten die Rolle der EZB beim Grünen Pakt, zum Beispiel durch den Kauf von grünen Anleihen, den aktuellen Umfang des Mandats der EZB, die Rolle des Stabilitäts- und Wachstumspakts in seiner aktuellen Form und den Schuldenerlass für Staaten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Einigung über die Krisenreaktionsinitiative React-EU



Die Verhandlungsführer von Rat und Parlament haben am 18. November eine Einigung, die den Betrag der React-EU-Initiative auf 47,5 Milliarden Euro festlegt, erzielt. 37,5 Milliarden Euro werden im Jahr 2021 und 10 Milliarden Euro im Jahr 2022 für dieses Instrument zur Verfügung stehen, der Kohäsionsfond wird mobilisiert, um die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten angesichts der Covid-19-Krise zu unterstützen. Im Gegensatz zu anderen Kohäsionsprogrammen können die Mitgliedstaaten einen 100%igen EU-Zuschuss beantragen. Der Vorfinanzierungssatz wird auf 11% festgelegt. Italien und Spanien werden mit 11,3 Milliarden Euro bzw. 10,9 Milliarden Euro die beiden größten Empfänger sein. Der Rat und das Parlament müssen dem Vorschlag nun zustimmen... [Fortsetzung](#)

Anhaltende Blockierung des Haushalts und des Konjunkturprogrammes



Nachdem Ungarn und Polen am 16. November die Genehmigung des mehrjährigen Finanzrahmens und der Eigenmittel der Union im Rat blockiert hatten, weigerte sich die Konferenz der Präsidenten des Parlaments am 18. November, die Verhandlungen über den Konditionalitätsmechanismus zur Rechtsstaatlichkeit wieder aufzunehmen. Diese Regel war der Grund warum beide Länder ihre Zustimmung verweigerten... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Verteidigungsminister



Am 20. November erörterten die Verteidigungsminister die Umsetzung des künftigen "strategischen Kompasses" der Union zur Festlegung ihrer Sicherheits- und Verteidigungsziele. Eine erste Bedrohungsanalyse wurde von den Nachrichtendiensten der Mitgliedstaaten durchgeführt und sollte es der Union ermöglichen, ihre Verteidigungsstrategie anzupassen. Die strategische Überprüfung der ständigen strukturierten Zusammenarbeit wurde diskutiert, und die Minister setzten sich konkrete Ziele, damit die 26 Projekte bis 2025 abgeschlossen werden können... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der für Raumfahrt zuständigen Minister



Die Forschungs- und Wissenschaftsminister erörterten am 20. November, wie die Union die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Raumfahrtindustrie stärken und eine größere Rolle bei der Entwicklung internationaler Regulierungsregime wie dem Weltraumverkehrsmanagement und der Cybersicherheit spielen könnte. Die Minister betonten die Bedeutung der europäischen Programme Kopernikus und Galileo sowie die Notwendigkeit, die strategische Autonomie der Union im Weltraum zu entwickeln... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit



Am 19. November erörterten die für Industrie und Binnenmarkt zuständigen Minister das Konjunkturprogramm und Möglichkeiten, um die europäische Industrie grüner, dynamischer und wettbewerbsfähiger zu gestalten. Sie diskutierten den Jahresbericht des Netzwerks der KMU-Beauftragten, das neue Verbraucherprogramm der Kommission und das Arbeitsprogramm der kommenden portugiesischen Ratspräsidentschaft im Bereich der Industriepolitik... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Entwicklungsminister



Am 23. November erörterten die für Entwicklung zuständigen Minister die Investitionen, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung und die Post-Cotonou-Verhandlungen mit afrikanischen Ländern als Teil der globalen COVID-19-Reaktion, die Sanierungsbemühungen und die Frage des Schuldenerlasses. Sie erörterten auch, wie die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen am besten gefördert werden kann... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Treffen der Außenminister



Am 19. November erörterten die Außenminister die Lage in Afghanistan, Belarus, Berg-Karabach, im östlichen Mittelmeerraum und in Äthiopien. Sie erörterten auch die Ergebnisse der Wahlen in den USA und den Multilateralismus. Der deutsche Außenminister, Heiko Maas, stellte den Vorschlag der Ratspräsidentschaft für einen "Transatlantischen New Deal" mit der künftigen US-Regierung vor, der die Bekämpfung von Covid-19 und des Klimawandels, die Verteilung von Impfstoffen und die Modernisierung des globalen multilateralen Systems (WTO, WHO, UN) zum Ziel hat. Sie billigten den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024, der die Hauptprioritäten der Union zur Förderung und Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie durch ihr auswärtiges Handeln enthält... [Fortsetzung](#)

Tagung des Rates des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)



Der Rat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), in dem die EU und drei Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (Norwegen, Island und Liechtenstein) vertreten sind, hat am 18. November per Videokonferenz Gespräche geführt. Man bekräftigte sein Engagement für die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise, für die Freizügigkeit innerhalb des EWR und für die Integrität des Binnenmarktes. Die Vertreter bekräftigten ihre Verpflichtung, die verbleibenden Handelsschranken, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, zu beseitigen und die Modernisierung der WTO zu unterstützen... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) könnte bis Ende des Jahres einen Impfstoff genehmigen

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), die derzeit die Unterlagen von drei Antragstellern prüft, sagte am 20. November, dass sie die ersten Impfstoffe gegen



Europol-Bericht über die Risiken und Chancen der künstlichen Intelligenz



In einem am 19. November, in Zusammenarbeit mit dem Institut für interregionale Kriminalitäts- und Justizforschung (UNICRI) und japanischen Forschern, veröffentlichten Bericht erklärt Europol, wie künstliche Intelligenz (KI) sowohl Träger als auch Ziel von Angriffen ist. Der Bericht ruft dazu auf, sichere Rahmenbedingungen für die Gestaltung der KI zu entwickeln und die Chancen der KI zu nutzen, indem sie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingesetzt wird... [Fortsetzung](#)

Sinkende Zahl von Migranten erreicht die EU



Die Frontex-Agentur gab am 18. November bekannt, dass das illegale Überschreiten der Außengrenzen der Union in den ersten 10 Monaten des Jahres 2020 im Vergleich zu den ersten 10 Monaten des Jahres 2019 um 21% zurückgegangen ist. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich die Zahl der Migranten vom Balkan, die auf 19.700 geschätzt wird, während die Ankünfte aus dem westlichen und östlichen Mittelmeerraum um 37% bzw. 75% zurückgingen... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Ein Brexit ohne Abkommen würde die Erholung nach COVID abschwächen.



Eine von der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG am 18. November veröffentlichte Studie sagt eine schwächere wirtschaftliche Erholung in Großbritannien voraus, falls beim Brexit keine Einigung erzielt wird. Ohne Deal wird der Aufschwung etwa 4,4% im Jahr 2021 betragen, verglichen mit 7,2%, falls die EU und Großbritannien eine grundlegende Vereinbarung erreichen, die Dienstleistungen ausschließt. Das Fehlen eines Abkommens bedroht insbesondere den verarbeitenden Sektor, dessen Produktion Ende 2021 um 6 bis 12% geringer ausfallen würde als Ende 2019. KPMG betont, dass der Brexit, selbst mit einem Abkommen, den britischen Aufschwung verlangsamen wird, da das BIP-Wachstum im Jahr 2021 7,2% betragen würde, gegenüber 10,1%, wenn das Vereinigte Königreich im Binnenmarkt verbleiben würde... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

G20-Treffen



Bei einem virtuellen Gipfel am 21. und 22. November bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der G20 ihre Verpflichtung, einen für alle zugänglichen Impfstoff gegen Covid-19 zu entwickeln, zu verteilen und die Zusammenarbeit zu verstärken, um sich besser auf künftige Pandemien vorzubereiten. Sie bekräftigten auch ihr Engagement für einen fairen und offenen internationalen Handel und ihre Bereitschaft, bis Mitte 2021 eine Einigung über eine internationale Steuer für multinationale Unternehmen zu erzielen. Sie bestätigten die Einrichtung eines Umschuldungsmechanismus für bestimmte arme Länder und kündigten eine mögliche sechsmonatige Verlängerung des Zinszahlungsstopps bis Juni 2021 an... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht über die Anwendung der Wettbewerbsregeln



In einem Bericht über die Anwendung der Wettbewerbsregeln durch die Kommission, der am 19. November veröffentlicht wurde, hebt der Rechnungshof die Fortschritte bei der Fusionskontrolle und den Kartellverfahren hervor, fordert jedoch eine Beschleunigung der Verfahren und eine Aufstockung der personellen Ressourcen, um neuen wettbewerbsfeindlichen Tendenzen begegnen zu können... [Fortsetzung](#)

Bericht über das Funktionieren des europäischen CO2-Marktes



Die durch den europäischen Kohlenstoffmarkt regulierten Treibhausgasemissionen sind im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 9,1% zurückgegangen, sagte die Europäische Kommission

Bericht über das Management der Gesundheitskrise



Am 19. November veröffentlichte die OECD einen Bericht, der in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission erstellt wurde und in dem das Management der Covid-19-Krise von 35 Länder, EU-Mitgliedstaaten, Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der 5 Kandidatenländer zum Beitritt zur Union, verglichen wird. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Norwegen und Finnland die beiden Länder sind, die die Pandemie dank der raschen Umsetzung einer Screening- und Kontaktrückverfolgungsstrategie und eines hohen Maßes an Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institutionen am besten gemeistert haben... [Fortsetzung](#)

Bericht über den Stand des Handels in den G20-Volkswirtschaften



Am 18. November veröffentlichte die WTO einen Bericht über die Auswirkungen der Pandemie und die von den G20-Ländern beschlossenen internationalen handelsbezogenen Maßnahmen. Man stellt fest, dass der Warenhandel im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 21% und der Handel mit Dienstleistungen um 30% geschrumpft ist. Der Bericht betont, dass von den 133 Maßnahmen zur Regelung des internationalen Handels, die von den G20-Ländern verabschiedet wurden, 63% Handelserleichterungen waren... [Fortsetzung](#)

Europäer atmen sauberere Luft



Die Luftqualität hat sich in Europa in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert, aber eine große Zahl von Europäern stirbt weiterhin vorzeitig an der Luftverschmutzung, stellte die Europäische Umweltagentur (EUA) in einem Bericht vom 23. November fest... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Deutschland übernimmt Vorsitz im Ministerkomitee



Deutschland hat am 18. November für sechs Monate den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates übernommen. Zu den Prioritäten zählen die Verstärkung der Maßnahmen zur Umsetzung der Rechte und Pflichten im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention, die Festlegung von Normen im Bereich "Künstliche Intelligenz und Menschenrechte", die Bekämpfung von Hassrede im Internet, die Stärkung der Situation von Sinti und Roma sowie die Verbesserung der Teilhabe junger Menschen... [Fortsetzung](#)

Ungarn angesichts der parlamentarischen Korruption zu untätig



Die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) des Europarates bedauert in einem am 17. November veröffentlichten Bericht das Fehlen von Maßnahmen zur Verhinderung von Interessenkonflikten von Parlamentariern in Ungarn und das Fehlen angemessener und verhältnismäßiger Sanktionen bei begangenen Verstößen. Man kritisiert die Unzulänglichkeiten des Parlamentsausschusses zur Mandatskontrolle, die mangelnde Verhältnismäßigkeit der Sanktionen und die mangelnde Unabhängigkeit der beiden gerichtlichen Ernennungsorgane... [Fortsetzung](#)

Zypern muss weitere Maßnahmen gegen Korruption ergreifen



In einem am 17. November veröffentlichten Bericht fordert die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) des Europarates Zypern auf, Schritte zu unternehmen, um die Transparenz in den Steuererklärungen der gewählten Vertreter zu erhöhen und einen Verhaltenskodex für Parlamentarier zu erstellen, um Interessenkonflikte zu verhindern. Der Bericht stellt zwar Fortschritte fest, insbesondere in Bezug auf die Transparenz der richterlichen Ernennungen, ist aber auch besorgt über den Skandal der "goldenen" zypriotischen Reisepässe, die an Nicht-Europäer verkauft wurden... [Fortsetzung](#)

Bericht über Migrantenaufnahmezentren in Griechenland

In einem am 19. November veröffentlichten Bericht fordert das Anti-Folter-Komitee des Europarates Griechenland auf, die "strukturellen Mängel" in seinem System zur Aufnahme von Migranten zu beheben, insbesondere in Bezug auf Überbelegung, Hygiene und Unterbringungsbedingungen. Man warnt davor, dass die Bedingungen in der Region Evros und auf der Insel Samos eine unmenschliche und erniedrigende Behandlung darstellen könnten. Das Komitee fordert die griechischen Behörden auf, der Inhaftierung unbegleiteter Kinder ein Ende zu setzen. Man erkennt jedoch die Herausforderungen an, vor denen das Land steht, und betont die Bedeutung eines koordinierten europäischen Ansatzes... [Fortsetzung](#)



Eurostat :

Stabilisierung der Inflation



Die jährliche Inflationsrate wird im Oktober sowohl in der EU als auch in der Eurozone auf -0,3% geschätzt, so die Eurostat-Zahlen vom 18. November. Die Zahlen bleiben damit gegenüber September stabil... [Fortsetzung](#)

Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2019



Die landwirtschaftliche Produktion in der Union ist im Jahr 2019 gegenüber 2018 um 2,4% gestiegen, so die am 16. November von Eurostat veröffentlichte landwirtschaftliche Gesamtrechnung. Frankreich und Deutschland trugen 2019 mit 18% bzw. 14% der gesamten EU-Produktion am meisten zur landwirtschaftlichen Produktion bei... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Bürgerumfrage und EU-Management der Pandemie



Am 20. November veröffentlichte das Parlament die Ergebnisse seiner dritten Eurobarometer-Umfrage des Jahres zu den Ansichten der Bürger zur Coronavirus-Krise und zu ihrer Einstellung zur Europäischen Union. 41% der Befragten haben ein positives Bild von der EU, gegenüber 31% in der ersten Umfrage im April. 66% sind der Meinung, dass die Union mehr Befugnisse zur Bewältigung der Pandemie haben sollte, und 77% wollen, dass nur Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte der Union respektieren, in den Genuss von EU-Mitteln kommen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Die Wiener Staatsoper online



Während ihrer pandemiebedingten Schließung, zumindest bis zum 6. Dezember, sendet die Wiener Staatsoper jeden Abend um 19 Uhr auf ihrer Website eine Oper aus ihrem Online-Archiv. Das Video bleibt 24 Stunden lang kostenlos online... [Fortsetzung](#)

Dokumentarfilm in Amsterdam



Die 33. Ausgabe des Internationalen Dokumentarfilmfestivals von Amsterdam (IDFA) findet in mehr als 40 Kinos und online bis zum 6. Dezember statt. In diesem Jahr präsentiert IDFA 257 Filme und Medienprojekte aus 72 Ländern und veranstaltet 136 internationale Premieren... [Fortsetzung](#)

Online-Filmfestival in Turin



In diesem Jahr findet die 38. Ausgabe des Turiner Filmfestivals bis zum 28. November ausschließlich online statt. Mehr als 133 Filme werden auf der Streaming-Plattform MYmovies präsentiert. Auf der Website des Festivals stehen auch Präsentationen und Inhalte zum Kennenlernen der ausgewählten Filme und ihrer Autoren zur Verfügung... [Fortsetzung](#)

Mondrian und De Stijl in Madrid



Das Reina-Sofia-Museum in Madrid zeigt bis zum 1. März 2021 eine Ausstellung, die dem Neoplastizismus gewidmet ist, einer 1917 von dem niederländischen Künstler Piet Mondrian gegründeten künstlerischen Bewegung. Zu sehen sind die Werke Mondrians und

anderer Künstler, die zu dieser Bewegung beigetragen haben, die auf den Beziehungen zwischen rechteckigen Formen, Farbflächen und geraden Linien beruht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Online-Tanz



Vom 23. November bis zum 4. Dezember arbeitet das Londoner Sadler's Wells Theatre mit der Tanzkompanie "Candoco" zusammen und bietet deren Online-Show "Lets Talk About Dis", unter der Regie von Hetain Patel sowie Tanzunterricht mit den Tänzern der Gruppe, an. Das Theater bietet weitere Online-Inhalte, darunter einen Kurzfilm über die National Youth Dance Company und darüber, wie ihre Tänzerinnen und Tänzer innovativ arbeiten mussten, um im Jahr 2020 arbeiten zu können... [Fortsetzung](#)

FLVchezvous



Die Louis Vuitton-Stiftung, die online präsent ist, bietet bis zum 1. Dezember mehrere kulturelle Veranstaltungen an und lädt Sie ein, eine Ausstellung, ein Konzert und einen Meisterkurs zu besuchen...

[Fortsetzung](#)

Agenda :



23. bis 26. November 2020

Brüssel
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



27. November 2020

Videokonferenz
Treffen der Forschungsminister



30. November 2020

Videokonferenz
Treffen der Eurogruppe
Videokonferenz
Treffen der für Jugend zuständigen Minister
Videokonferenz
Treffen der Bildungsminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr

Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)